

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Frau Benedix, Daweke, Prangenberg, Frau Krone-Appuhn, Dr. Hornhues, Dr. Müller, von der Heydt Freiherr von Massenbach, Voigt (Sonthofen), Berger (Lahnstein), Rühle, Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski, Frau Pieser, Röhner, Dr. Hüscher, Kittelmann, Dr. von Wartenberg, Dr. Jenninger und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/2702 –

Berlinfahrten von Schulklassen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat mit Schreiben vom 4. April 1979 die o. g. Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um möglichst allen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland während ihrer Schulzeit einmal den politischen Anschauungsunterricht einer Klassenfahrt in das geteilte Berlin und möglichst vielen Jugendlichen eine Klassenfahrt an die Grenze zur DDR und in die DDR zu ermöglichen?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß möglichst allen Jugendlichen während ihrer Schulzeit ein Informationsbesuch in Berlin ermöglicht werden sollte. Sie hat daher das gemeinsam mit den Bundesländern getragene Programm der öffentlich geförderten Berlinfahrten stets unterstützt und weiterentwickelt. So betrug der den Bundesländern zur Verfügung gestellte Bundeszuschuß

1975	4,2 Mio DM,
1977	4,5 Mio DM und beträgt
1979	4,7 Mio DM.

Zusätzlich werden Institutionen in Berlin jährlich etwa 1,5 Mio DM für die Information der jugendlichen Besucher zugewiesen.

Über die Vergabe der Mittel entscheiden die Bundesländer in eigener Verantwortung, wenn auch nach gemeinsam erarbeiteten Richtlinien. Fast alle Länder stellen auch Landesmittel bereit, 1979 sind dies ca. 38 v. H. aller für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Förderungsbeträge.

In absoluten Zahlen betrugen die Landesmittel

1975	2,9 Mio DM,
1977	2,6 Mio DM und betragen
1979	2,9 Mio DM.

Der Freistaat Bayern hat sich an der Förderung von Berlinfahrten mit jugendlichen Teilnehmern seit Beginn des Programms nicht beteiligt, das Land Hessen hat 1977 seine finanzielle Beteiligung vorübergehend eingestellt.

Die Unterstützung der Bundesregierung gilt auch für Informationsfahrten an die Grenze zur DDR. Sie hat auch hier die jährlich für diese Maßnahme bereitstehenden Mittel kontinuierlich aufgestockt (1979: Erhöhung um 100 000 DM) und die Bundesländer, zuletzt im Januar 1979 aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um noch mehr Jugendliche als bisher mit der Situation an der Grenze zur DDR bekannt zu machen.

Die Bundesregierung begrüßt alle Anstrengungen, um auch Fahrten von Schulklassen in die DDR mehr als bisher zu ermöglichen.

Nachdem die Kultusminister in ihrer Empfehlung von 23. November 1978 die Klassenfahrten in die DDR besonders herausgestellt haben, hat das BMB den Kultusverwaltungen der Länder sein besonderes Interesse an der Ausweitung dieser Fahrten mitgeteilt und entsprechende Kontakte aufgenommen.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Teilnehmerzahlen solcher Informationsfahrten, die konkreter Bestandteil des Sozialkundeunterrichts sein sollten?

Die als Folge der Vertragspolitik der Bundesregierung eingetretenen Reiseerleichterungen haben das Interesse an Berlinfahrten stark ansteigen lassen. Im Interesse Berlins und einer realistischen Einschätzung der Lage im geteilten Deutschland wird dies von der Bundesregierung sehr positiv bewertet.

Mit Bundes- und Landesmitteln geförderte Informationsreisen Jugendlicher:

1976	fuhren	ca. 117 000 Jugendliche nach Berlin
	und	ca. 15 000 Jugendliche an die Grenze zur DDR,
1977		ca. 200 000 Jugendliche nach Berlin
	und	ca. 20 000 Jugendliche an die Grenze zur DDR,
1978		ca. 215 000 Jugendliche nach Berlin
	und	ca. 25 000 Jugendliche an die Grenze zur DDR.

Die Verknüpfung dieser Fahrten mit dem Sozialkundeunterricht fällt in die Entscheidungskompetenz der Bundesländer.

3. Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Interesse an diesen Klassenfahrten zu erhöhen, und welche gezielten Informationen werden hierzu an welche Institutionen vermittelt?

Die Bundesregierung kann hier nur indirekt tätig werden, indem sie Merkblätter zur Verfügung stellt. Informationen über Klassenfahrten werden von den Bundesländern selbst herausgegeben.

4. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um künftig zu vermeiden, daß wie 1978 ein Drittel der Anträge auf Bezuschussung einer Klassenfahrt nach Berlin abgelehnt werden muß? Wird die Bundesregierung die von ihr für diese Fahrten bereitgestellten Förderungsmittel erhöhen? Welche Erhöhungen sind für welche Arten von Klassenfahrten geplant?
5. Was gedenkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu tun, um auf die Kulturverwaltungen der Länder einzuwirken, damit sie ihrerseits die Förderungsmittel für Klassenfahrten mit gesamtdeutschem Bildungswert erhöhen?

Die Bundesregierung hat, wie zu 1. aufgeführt, ihre Zuweisungen an die Bundesländer erhöht und ist bemüht, auch in Zukunft Steigerungen zu ermöglichen. Sie appelliert an die Länder, in gleichem Maße finanzielle Anstrengungen zu unternehmen. Entsprechende Bitten werden regelmäßig im Rahmen der sog. „Länderreferententagungen“ vorgetragen.

Da die Bundesregierung in diesem Bereich keine Zuständigkeit besitzt, kann sie sich nur im Zusammenhang mit den Bundesländern um eine quantitative und qualitative Ausweitung der Klassenfahrten bemühen.

